

Erklärung der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion hat sich am 16.07. 2018 zu einer Aussprache getroffen und danach folgende Stellungnahme zu der Diskussion über die Namibia-Reise und zum Verlauf der Gemeinderatssitzung am 04.07. formuliert:

Bereits im März gab es Gerüchte über eine möglicherweise nicht korrekte Abrechnung einer Namibiareise. Dies führte zu einer direkten Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden bei OB Pelgrim mit der Bitte um Aufklärung. Dabei sicherte der OB zu, dass die Handhabung wie bei allen anderen derartigen Aufenthalten erfolge. Damit war für uns zunächst keine weitere Beschäftigung mit diesem Sachverhalt notwendig.

Erst als das Rechnungsprüfungsamt der Stadt die eingegangene Rechnung über die Reisekosten der Partnerin von OB Pelgrim unter Hinweis auf Regelungen der Gemeindeprüfanstalt problematisiert hat, haben wir uns in der Verantwortung gesehen, diesen Sachverhalt aufzuklären und für die Zukunft Missverständnisse zu vermeiden. Die Verwaltung hat dann nach einem Gespräch beim RP dem Gemeinderat für die Sitzung am 04.07.2018 die Verabschiedung einer Richtlinie für Reisen vorgeschlagen. Deshalb haben wir nach Diskussion innerhalb der Fraktion in der Gemeinderatssitzung am 04.07.2018 nachgefragt und Akteneinsicht beantragt. Diese wurde am 09.07.2018 auch den Fraktionsvorsitzenden gewährt. Außerdem haben wir, gemeinsam mit anderen Fraktionen, die Verabschiedung der Richtlinie vertagt, weil wir dazu die Festlegungen der Gemeindeprüfanstalt und weitere Informationen einbeziehen wollten, z. B. Regelungen aus anderen Städten oder evt. auch Handreichungen des Regierungspräsidiums.

Ohne dies vorher der Fraktion mitzuteilen, hat unsere Fraktionskollegin Frau Jörg-Unfried dann in ihrer Wortmeldung gegenüber OB Pelgrim eine Dienstaufsichtsbeschwerde angekündigt. Dies widerspricht unserer internen Geschäftsordnung und hat die übrigen Fraktionsmitglieder auch deshalb irritiert, weil bei den bisherigen Reisen in die Partnerstädte nie problematisiert wurde, wenn der Gastgeber auf seine Kosten und in seiner Verantwortung, die Unterbringung vor Ort organisiert hat. Ob dies im Zusammenhang mit einer Projektpartnerschaft, wie mit der Klimapartnerschaft Okahandja oder mit der Waldorfschule in Windhoek, im Blick auf den OB anders beurteilt werden muss, weil es sich dabei evt. um eine Dienstreise handelt, dafür braucht es keine Dienstaufsichtsbeschwerde, sondern hätte durch eine Rückfrage beim RP oder der Gemeindeprüfanstalt geklärt werden können. Wir verstehen auch nicht, dass unsere Fraktionskollegin in ihrer Stellungnahme den Eindruck erweckt hat, der OB habe sich bei seinem Aufenthalt in Namibia Pirschfahrten von den Gastgebern bezahlen lassen. Es ist zweifelsfrei belegt, dass er private Unternehmungen vor Ort privat bezahlt hat. Ausweislich des vorliegenden Reiseprotokolls hatten diese einen zeitlich sehr untergeordneten Anteil. Außerdem vertrauen wir auf die Objektivität und Urteilsfähigkeit des Regierungspräsidiums. Die von Frau Jörg-Unfried öffentlich geäußerte Vermutung, das RP würde sich „wegducken“ und „in keinster Weise etwas unternehmen“, ist, zugegeben aus der Sicht eines juristischen Laien, eine Vorab- Geringschätzung der Entscheidung einer staatlichen Behörde. Dies halten wir in der gegenwärtigen Situation im Hinblick auf unsere Institutionen generell für hochproblematisch, weil es

eben auch der beklagten Politikverdrossenheit Vorschub leistet. Mit Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere Fraktionskollegin ohne Abstriche auf Form und Inhalt ihrer Stellungnahme besteht. Bei aller Kritik, die der OB im Zusammenhang mit dieser Reise erfährt, auch dafür muss das Gebot der Objektivität und Wahrhaftigkeit gelten. Unabhängig von der rechtlichen Bewertung des RP, die wir sehr aufmerksam zur Kenntnis nehmen werden, distanziert sich deshalb die Fraktion in den genannten Punkten von der Stellungnahme unserer Fraktionskollegin am 04.07. im Gemeinderat.

Wir erwarten, dass vor einer Entscheidung über eine zukünftige Regelung Klarheit geschaffen wird. Sollte die bisherige Praxis in der Antwort des Regierungspräsidiums als nicht korrekt erkannt werden, hätte dies möglicherweise weitreichende Folgen für die Pflege der Verbindungen in die Partnerstädte und müsste in der geplanten Richtlinie Berücksichtigung finden. Bisher ist die Geschichte der Partnerschaften und Verbindungen in andere Länder ja ein unumstrittener Beitrag zur Völkerverständigung und hat, gerade in unserer Stadt, eine lange Tradition. Die SPD hat diese Haltung der Offenheit immer aus Überzeugung unterstützt und wird dies auch zukünftig tun. Dass wir in Namibia erstmalig auch längerfristig einen bescheidenen finanziellen Beitrag leisten wollen, das steht uns aus historischer Verantwortung gerade dort gut an.

Wir wollen als SPD-Fraktion eine Klärung der offenen Fragen und für die Zukunft sachgerechte und rechtsichere Festlegungen. Dies sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig und das entspricht auch der wohlverstandenen Kontrollfunktion des Gemeinderats.

Helmut Kaiser, Fraktionsvorsitzender